



Bericht aus Berlin *von Angelika Krüger-Leißner, MdB*

26.03.2010



***Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Leserinnen und Leser,***

unsere Fraktion hat in dieser Sitzungswoche u.a. 3 wichtige Anträge eingebracht. Zum ersten den Antrag **„Rettungsschirm für Kommunen - Strategie für handlungsfähige Städte, Gemeinden und Landkreise“**, den wir gemeinsam mit Kommunalpolitikern besprochen hatten. Zum zweiten den Antrag **„Fairness in**

der Leiharbeit“. Hier haben wir großen Handlungsbedarf. Das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) von 1972/2003 ist so zu ändern, dass nach einer kurzen Einarbeitungszeit der Grundsatz „Gleiche Arbeit – Gleiches Geld“ ohne Ausnahme gilt. Eine Lohnuntergrenze ist einzuziehen und die konzerninterne Verleihung ist zu begrenzen. Den 3. wichtigen Antrag habe ich selber eingebracht. **Die Kinodigitalisierung** ist für unsere Kinolandschaft die dringendste Herausforderung. Wenn dies nicht gelingt, werden viele kleinere Kinos sterben, weil sie dem Wettbewerb nicht mehr standhalten können.

Ich wünsche Euch allen ein **frohes Osterfest** und viel Spaß beim Lesen! Eure

Angelika Krüger-Leißner

1. Reform der Jobcenter

Das beherrschende Thema in dieser Woche waren natürlich die Verhandlungsergebnisse der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur **SGB II-Strukturreform**. Ich bin sehr erleichtert, dass der gefundene Kompromiss beim Spitzentreffen am Mittwoch bestätigt wurde. Viele von Euch werden sich erinnern: Vor einem Jahr sah es schon einmal nach einer Einigung aus. Sie kam letztendlich nicht zustande, weil man sich innerhalb der Union nicht einig war.

Jetzt ist es also geschafft!

Vieles von dem, was die SPD gefordert hat, konnte durchgesetzt werden. Die von CDU/CSU und FDP favorisierte **getrennte Aufgabenwahrnehmung wird es nicht geben!** In zentralen Fragen der SGB II-Neuorganisation haben wir uns durchgesetzt. Im

Einzelnen sind dies: I. Mit der notwendigen Änderung des Grundgesetzes erfolgt die Festlegung, dass die **Jobcenter der Regelfall** sind. ARGE-Nachfolger werden die **optimierten**

Jobcenter. Die konkrete Ausgestaltung der Jobcenter wird durch ein Bundesgesetz erfolgen.

II. Den **Geschäftsführern** ist künftig eine stärkere Rolle beizumessen. Es wird eine **einheitliche Personalvertretung** geben, so dass damit mittelfristig auch eine einheitliche Tarifstruktur möglich werden könnte, wenn sie von den Tarifvertragsparteien ausgehandelt wird.

Gegen zunächst heftigen Widerstand von Schwarz-Gelb konnte ferner ein **verbindlicher Personalschlüssel** vereinbart werden, der im Gesetz verankert wird. Er beträgt für Arbeitssuchende bis 25 Jahren 1 : 75 und bei Arbeitssuchenden über 25 Jahren 1 : 150. Damit ist ein von der SPD in den Verhandlungen verfolgtes Ziel, die Arbeit in den Jobcentern zu verbessern, erreicht.

III. Auch zu dem umstrittensten Punkt - den **Optionskommunen** - konnte schließlich eine **Einigung** gefunden werden: Das Optionsmodell wird die Ausnahme bleiben. **Die derzeitigen 69 Optionen werden entfristet**. Der Bund kann nach strengen Kriterien (z.B. hinreichende arbeitsmarktpolitische Erfahrung und ein gutes Konzept) eine begrenzte Anzahl von weiteren Optionskommunen zulassen. Das Verhältnis Jobcenter-Optionskommune, auf das sich die Arbeitsgruppe verständigt hat, beträgt 75 : 25, d.h. es darf **maximal 110 Optionskommunen** geben.



Bericht aus Berlin *von Angelika Krüger-Leißner, MdB*

26.03.2010



Einen Rechtsanspruch der Kommunen gibt es nicht. Der Antrag auf Zulassung bedarf der 2/3-Mehrheit im jeweiligen Kommunalparlament. Die Bewerbungen der Kommunen sind im 2. Halbjahr 2010 möglich. Jobcenter und Optionskommunen werden künftig nach einem einheitlichen Verfahren über Zielvereinbarungen gesteuert.

IV. Auf Druck der SPD wird ferner die von den Regierungsfractionen veranlasste **Haushaltssperre** beim Etat des Bundesarbeitsministeriums im Umfang von **900 Mio. Euro** am 21. April im Haushaltsausschuss **aufgehoben**. Das ist ein gutes Ergebnis. Mit den Gesetzentwürfen wird auch eine gemeinsame Entscheidung eingebracht werden, in der sich der Deutsche Bundestag für eine Verstärkung der arbeitsmarktpolitischen Mittel in den nächsten Jahren ausspricht.

Die Ergebnisse stellen einen guten Kompromiss dar. Jetzt muss das parlamentarische Gesetzgebungsverfahren zügig eingeleitet werden. Wir setzen uns dafür ein, dass es bis zur Sommerpause abgeschlossen ist.

2. Havelländer Präventionstag

Auch dieses Jahr war ich wieder bei den Havelländer Präventionstagen dabei - dieses Mal in der **Erich-Kästner-Grundschule in Falkensee**, für die die Teilnahme ein Novum war. Ich war sehr beeindruckt davon, was die Mitstreiterinnen und Mitstreiter der Initiative „Weg der Vernunft“ auf die Beine gestellt haben. Jeder Partner der Initiative hat einen eigenen Programmpunkt gestaltet, sodass der Präventionstag zu einem wirklichen Erlebnis für alle wurde, nicht nur für die Schüler, auch für die Erwachsenen. Nach der fröhlichen Eröffnung hatte ich die Möglichkeit, in lockerer Runde mit den Ältesten in der Schule, den Schülerinnen und Schülern der sechsten Klassen, zu sprechen. Wir haben uns das **Thema Jugendbeteiligung** vorgenommen. Dabei haben wir uns mit der Frage auseinandergesetzt, welche Möglichkeiten es für einen jungen Menschen gibt, sich in die Gemeinschaft einzubringen. Das wurde sehr interessant am konkreten Beispiel eines Spielplatzes in Schulnähe. Hier werden sich die Schüler einbringen.

3. Kinodigitalisierung: Die SPD drückt auf die Tube

Zuletzt hatte ich berichtet, dass der Haushaltsausschuss auf unser Drängen hin **4 Mio. € für die Kinodigitalisierung** bereitgestellt hat. Damit sollen alle die Kinos unterstützt werden, die die hohen Investitionen für die digitale Projektion aus eigener Kraft nicht aufbringen können. Ohne Hilfe könnten viele dieser Kinos, gerade die kleineren, nicht überleben. Bei der Filmförderungsanstalt (FFA) liegen schon über 200 Anträge von **bedürftigen Kinos** vor, die nicht bearbeitet werden können, weil es noch kein geschlossenes Konzept gibt. Deshalb habe ich für die SPD-Bundestagsfraktion den **Antrag** verfasst, der am 25.03.10 in den Bundestag eingebracht wurde. Darin fordern wir die Regierung auf, unverzüglich ein Konzept vorzulegen, das die **Vielfalt unserer Kinolandschaft** einschließlich der kommunalen Kinos sichert. Die Rechnung der großen Kinoketten, die die kleinen Kinos vom Markt verdrängen wollen, darf nicht aufgehen! Das Finanzierungskonzept soll als eine **Gemeinschaftsaufgabe** von Branche, FFA, Bund, Ländern und auch Kommunen angelegt sein mit Förderinstrumentarien, die kompatibel ineinander greifen. Gefördert werden sollen insbesondere die **ökonomisch schwachen Filmtheater und Kinos in der Fläche**. Und es sollen die Kinos unterstützt werden, die einen hohen Anteil an deutschen und europäischen Filmen zeigen und kulturell anspruchsvolle Programme bieten. Wer sich den ganzen Antrag anschauen möchte, findet ihn auf meiner Homepage. Übrigens plane ich gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung eine **große Veranstaltung** am 29. April zu diesem Thema.

4. Termine

Freitag, 09.04.2010:

14.00 Uhr: Treffen mit der Volkssolidarität in Hennigsdorf

19.00 Uhr: Bürgerzentrum Oranienburg (65. Todestag von Georg Elser)